

Stadt Leverkusen

Antrag Nr. 2023/2620

Der Oberbürgermeister

I/01-011-20-06-he Dezernat/Fachbereich/AZ

05.12.2023

Datum

| Beratungsfolge | Datum | Zuständigkeit | Behandlung |
|--------------------------|------------|---------------|------------|
| Rat der Stadt Leverkusen | 11.12.2023 | Entscheidung | öffentlich |

Betreff:

Islamistische Terrorbedrohung beim Namen nennen!
- Antrag der AfD-Fraktion vom 04.12.2023

Anlage/n:

2620 - Antrag



Herrn
Oberbürgermeister
Uwe Richrath
Friedrich-Ebert-Platz 1
51373 Leverkusen

AfD-Fraktion

im Rat der Stadt Leverkusen

Postfach 220186 51322 Leverkusen info@afdfraktion-lev.de

Leverkusen, den 04.12.2023

Antrag: Islamistische Terrorbedrohung beim Namen nennen!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

bitte setzen Sie folgenden Antrag aus aktuellem Anlass auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung:

Beschluss:

"Der Rat der Stadt Leverkusen fordert den Oberbürgermeister auf, Gefahren für Leib und Leben der Bürger unserer Stadt beim Namen zu nennen und nicht in Pressemitteilungen und sonstigen Stellungnahmen zu verschleiern. Insbesondere erwartet der Rat vom Oberbürgermeister und der Stadtverwaltung Klarheit bei öffentlichen Verlautbarungen zum geplanten islamistisch motivierten Terroranschlag auf dem Opladener Weihnachtsmarkt."

Begründung:

Die Medienberichte über die Festnahme zweier jugendlicher Islamisten, die einen Terroranschlag mittels eines mit Treibstoff beladenen Fahrzeugs auf den Opladener Weihnachtsmarkt geplant haben sollen, haben in der Leverkusener Bürgerschaft für Entsetzen gesorgt. Nur dank der Hinweise westlicher Nachrichtendienste und der daraufhin effizienten Arbeit der deutschen Sicherheitsbehörden ist es gelungen, einen schrecklichen Anschlag im Stile des Berliner Breidscheidplatz-Attentats aus dem Jahr 2016 noch zu verhindern.

Diese Schocknachricht zeigt einmal mehr, dass die Gefahr des islamistischen Terrors unvermindert groß ist. Eine Verschleierung der Hintergründe ist daher völlig unangebracht und kontraproduktiv. Denn damit verspielt man nur das Vertrauen der Bürger. Wer Teile der Wahrheit zurückhält, weil sie "politisch nicht korrekt" sind und die "Bevölkerung verunsichern" könnten, erreicht in Wirklichkeit das Gegenteil.

Und wer die Solidarität mit Israel gegen den Terror der islamistischen Hamas-Organisation offensiv vertritt und einfordert, sollte auch hierzulande Klarheit und Wahrheit hinsichtlich der islamistischen Bedrohung walten lassen.

Mit freundlichen Grüßen

Yannick Noe

Fraktionsvorsitzender